



Positionspapier des Arbeitslosenverbandes Deutschland e.V. zur Einführung eines Mindestlohnes

Angesichts der andauernden Massenarbeitslosigkeit und der Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen insbesondere bei Hartz IV werden immer mehr Arbeitssuchende in Niedriglohnarbeit und prekäre Beschäftigung gedrängt.

Ungeschützte und tariflose Arbeitsverträge, Scheinselbständigkeit, Mini-Jobs bis 400 €, unfreiwillige Teilzeitarbeit, unbezahlte Praktikumsarbeit, weiten sich immer mehr aus.

Das Leben mit Armut und Ausgrenzung trotz Vollzeitbeschäftigung ist für viele zum Alltag geworden – Arm trotz Arbeit.

Jede/r Sechste der deutschen Bevölkerung fiel 2003 unter die Armutsgrenze.

Die Gesellschaft wird immer unsolidarischer und die soziale Zerklüftung nimmt zu.

Darum wird es höchste Zeit für einen Mindestlohn.

Dieser soll einer anwachsenden Tagelöhneri, Gelegenheitsarbeit und dem Lohndumping entgegenwirken.

Der Arbeitslosenverband Deutschland e.V. fordert die schrittweise Einführung eines Mindestlohnes in Deutschland, der den Festlegungen der Europäischen Sozialcharta entspricht.

Titel 5 Abs. 1 der Europäischen Sozialcharta:

„Für jede Beschäftigung ist ein gerechtes Entgelt zu zahlen. Zu diesem Zweck empfiehlt sich, dass entsprechend den Gegebenheiten eines jeden Landes den Arbeitnehmern ein gerechtes Arbeitsentgelt garantiert wird, das heißt ein Arbeitsentgelt, das ausreicht, um ihnen einen angemessenen Lebensstandard zu erlauben.“

(verabschiedet vom Europarat am 18.10.1961)

Deshalb muss eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit mit mindestens 60% des durchschnittlichen Nettolohnes des jeweiligen europäischen Landes vergütet werden.